

**Motion Fraktion BDP/CVP (Claudio Fischer, CVP/Kurt Hirsbrunner, BDP):
Aufhebung der Amtsdauerbeschränkung für Mitglieder des Stadtrates:
Änderung der Gemeindeordnung der Stadt Bern**

In der Gemeindeordnung der Stadt Bern (GO) vom 3. Dezember 1998 (Stand: 1.1.2014) ist in Artikel 42 Absatz 3 die Amtsdauer für die Mitglieder des Stadtrates festgeschrieben. So ist jemand, der dem Rat ununterbrochen während 12 Jahren oder länger angehört hat, für die nächstfolgende Amtsdauer nicht wählbar. Für die Mitglieder des Gemeinderates gilt gemäss Artikel 88 Absatz 2 GO die Regelung, welche erst nach einer ununterbrochenen Amtsdauer von 16 Jahren oder länger zur Anwendung kommt.

Die Schweiz ist gekennzeichnet durch ein parlamentarisches Milizsystem. Ausser einigen Ausnahmen auf Bundesebene sind Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf jeder politischen Ebene (Bund, Kanton, Gemeinde) keine Profis. Sie verbinden ihr parlamentarisches und politisches Engagement mit ihren familiären, beruflichen oder anderweitigen Verpflichtungen und Tätigkeiten. Parlamentarier zu sein, bedeutet aber in erster Linie Arbeit und nicht Freizeitbeschäftigung. Für einzelne kann es der Beginn einer politischen Karriere sein. Für die meisten ist es jedoch der Ausdruck eines Einsatzes im Interesse der Gesellschaft, wie dies auch im Vereinswesen der Fall ist. Ein politisches Engagement verlangt Disziplin und Zeitinvestition. Oft mehr als man es sich vor einer Wahl in die Legislative vorstellen kann. Und nicht alle sind in der Lage, nach erfolgter Wahl, diesem Engagement nachzukommen. Die Vereinbarkeit mit Familie, Beruf oder Studium ist für viele eine grosse Herausforderung. Und für gewisse führt die hohe Belastung zu einem Rücktritt aus der Legislative. Im Berner Stadtrat kam es in der Legislaturperiode 2009-2012 zu 39 Wechseln. Rund die Hälfte der Mitglieder des Stadtrates sind in dieser Periode zurückgetreten, so viele wie noch nie zuvor.

Es gibt aber auch Personen, welche sich aus sehr unterschiedlichen Gründen mit diesen Belastungsfragen nicht in gleichem Masse auseinandersetzen müssen. Sie haben mehr Zeit für das politische Engagement, und zwar nicht nur kurz- oder mittel- sondern auch langfristig. Langjähriges Know-how ist in einem parlamentarischen Milizsystem sehr wertvoll und zu begrüssen. Ständige Wechsel bilden keine gute Voraussetzung für eine effiziente und kontinuierliche Arbeit in der Legislative. Dies umso mehr auf Gemeindeebene, wo das Milizsystem am ausgeprägtesten ist. Die parteipolitische Ausrichtung ist dabei absolut irrelevant.

Wir sind der Meinung, dass man langjährigen und erfahrenen Stadträtinnen und Stadträten die Möglichkeit lassen sollte, ihre politische Tätigkeit uneingeschränkt und ohne gesetzlich festgelegte Amtsbeschränkung auszuüben. Auch das Alter darf und soll keine Rolle spielen. Es ist ein demokratisches Recht, abzustimmen, zu wählen und gewählt werden zu können. Wie es teilweise schon der Fall ist, können Amtsbeschränkungen auf Parteiebene festgelegt werden. Sie sollten jedoch nicht im Gesetz festgeschrieben sein. Das gleiche Prinzip gilt ebenfalls für die Mitglieder des Gemeinderates.

Auf der Basis der oben erwähnten Erläuterungen bitten wir den Gemeinderat, anlässlich einer kommenden Teilrevision der GO Artikel 42 Absatz 3 (Amtsdauer für die Mitglieder des Stadtrates) und Artikel 88 Absatz 3 (Amtsdauer für die Mitglieder des Gemeinderates) aufzuheben.

Bern, 04. Dezember 2014

Erstunterzeichnende: Claudio Fischer, Kurt Hirsbrunner

Mitunterzeichnende: Martin Mäder, Isabelle Heer, Philip Kohli, Martin Schneider, Michael Daphinoff

Antwort des Gemeinderats

Amtszeitbeschränkungen gab es bereits in römischer Zeit. Bekannt sind heutzutage vor allem die Amtszeitbeschränkungen in der US-amerikanischen Politik: Der amerikanische Präsident darf höchstens acht Jahre die Geschicke seines Landes leiten, und eine Mehrzahl der amerikanischen Gliedstaaten kennen „term limits“ für ihre Gouverneure, viele auch für ihre Parlamente. Wohl nicht zufällig ist das Institut der Amtszeitbeschränkung auch in der Schweiz - politisch die europäische Schwester des amerikanischen Demokratiemodells - vor allem auf kommunaler und kantonaler Ebene verbreitet bzw. in permanent-latentem Diskussionszustand. Auf nationaler Ebene sind allerdings Versuche zur Einführung von Amtszeitbeschränkungen - namentlich für den Bundesrat - vor nicht allzu langer Zeit gescheitert. International haben Amtszeitbeschränkungen vor allem in jungen Demokratien zur Vorbeugung gegen unerwünschte Entwicklungen grosse Bedeutung erlangt, allerdings auch Versuche, solche Limitierungen mit undemokratischen Mitteln zu umgehen.

Die Argumente für und gegen Amtszeitbeschränkungen sind über die Jahrtausende mehr oder weniger dieselben geblieben.

Für Amtszeitbeschränkungen wird u.a. etwa ins Feld geführt:

- Fehlende Amtszeitbeschränkungen fördern eine Machtmonopolisierung.
- Ohne Amtszeitbeschränkungen verlieren Politikerinnen und Politiker den Bezug zur Basis.
- Rotationen bringen neue Personen, neue Energien und neue Ideen.
- Amtszeitbeschränkungen fördern die Auswahl an Kandidierenden.
- Amtszeitbeschränkungen wirken dem Trend zur Berufspolitik entgegen.
- Etablierte Strukturen neigen zu Vetternwirtschaft und Verfilzung.

Gegen Amtszeitbeschränkungen wird mit folgenden Argumenten gefochten:

- Amtszeitbeschränkungen fördern die Ausrichtung auf kurzfristige Interessen und lassen zu wenig Zeit für nachhaltige Entscheide.
- Durch Amtszeitbeschränkungen gehen Sachkunde und Erfahrungen verloren.
- Amtszeitbeschränkungen führen dazu, dass in der letzten Legislatur einerseits der Effekt der Wirkungslosigkeit eintritt (*lame duck*), dass andererseits aber auch keine Rechenschaftspflicht mehr besteht, weil eine Wiederwahl ohnehin ausgeschlossen ist.
- Kleine Parteien und Gruppierungen haben oft Mühe, williges Personal zu finden; Amtszeitbeschränkungen verschärfen unter Umständen diesen Personalmangel.
- Letztlich ist es an der Wählerschaft, für eine ihr angemessen erscheinende Rotation zu sorgen.

Die Argumente für und gegen Amtszeitbeschränkungen halten sich im Grossen und Ganzen die Waage. Ob Amtszeitbeschränkungen erwünscht sind oder nicht, ist letztlich eine politische Frage, die nicht anhand von rein sachlichen Kriterien entschieden werden kann. Der Gemeinderat möchte dem Stadtrat deshalb beliebt machen, vor der Inangriffnahme einer Gesetzesrevision (die auch eine Volksabstimmung bedingen würde) die politische Bereitschaft, auf eine Amtszeitbeschränkung in der Stadt Bern in Zukunft zu verzichten, vertieft abzuklären (insb. Vernehmlassungsverfahren). Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat deshalb, die Motion abzulehnen. Er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 1. Juli 2015

Der Gemeinderat